SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Rassistisch motivierte Anschläge und ihre sozialräumliche Wirkmächtigkeit: Zur Konstitution von Räumen der Migrationsgesellschaft

Müller, Anna-Lisa; Pekşen, Mert; Kubiak, Daniel; Brahm, Emma; Gencal, Kübra; Pabst, Rani

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Müller, A.-L., Pekşen, M., Kubiak, D., Brahm, E., Gencal, K., & Pabst, R. (2023). Rassistisch motivierte Anschläge und ihre sozialräumliche Wirkmächtigkeit: Zur Konstitution von Räumen der Migrationsgesellschaft. In P.-I. Villa (Hrsg.), *Polarisierte Welten: Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022*Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). https://doi.org/10.21241/ssoar.99154

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Rassistisch motivierte Anschläge und ihre sozial-räumliche Wirkmächtigkeit

Zur Konstitution von Räumen der Migrationsgesellschaft

Anna-Lisa Müller, Mert Pekşen, Daniel Kubiak, Emma Brahm, Kübra Gencal, Rani Pabst[1]

Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Die Rolle von Raum in Kämpfen um Zugehörigkeit von und für Migrant:innen und rassifizierte Menschen«

1. Einleitung

Der Beitrag stellt Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Räume der Migrationsgesellschaft" (RäuMig) vor, in dem die Wirkung von rassistisch motivierten Anschlägen auf Stadtgesellschaften und Stadträume untersucht wird.[2] Dabei wird der übergeordneten Frage nachgegangen, auf welche Weise die Anschläge und der Umgang mit ihnen zur Konstitution spezifischer Räume der Migrationsgesellschaft (Glasze und Pott 2014) beitragen. Im Blick sind mit Rostock und Solingen zwei Orte in Deutschland, an denen rassistisch motivierte Anschläge geschehen sind und die als Extremfälle lokalisierter und verräumlichter Kämpfe um Zugehörigkeit verstanden werden können. Mithilfe von empirischen Daten diskutieren wir, wie diese offen rassistischen Handlungen in lokale Erinnerungspraktiken einbezogen werden und auf welche Weise durch diese Anschläge und als Reaktion auf sie neue Erinnerungsorte entstehen. Der Fokus liegt dabei auf den Akteur:innen vor Ort und ihren Formen, mit Erinnerung vor Ort umzugehen.

Theoretisch-konzeptionell verstehen wir Räume als Produkte von Aushandlungsprozessen, die eng mit geographisch lokalisierbaren Orten verbunden sind: Räume werden an und zwischen Orten konstituiert (z.B. Löw 2001). Außerdem verstehen wir die Gesellschaft, die Gegenstand der Forschung ist, als Migrationsgesellschaft (Mecheril 2012) oder postmigrantische Gesellschaft (Foroutan 2019). Eine solche Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass Migration maßgeblicher Bestandteil der individuellen und kollektiven Erfahrungen der Gesellschaftsmitglieder ist. Einerseits, da ein großer Anteil der Bevölkerung eigene oder familiäre Migrationserfahrung hat. Andererseits, da migrantische Erinnerungen, Lebensweisen, Praktiken, Wissensformen die Gesellschaft als Ganze auf substanzielle Weise prägen. Ausgehend von diesen Annahmen sind in unserem Blick die Orte einer solchen durch Migration geprägten

---

[1] Die Reihenfolge der corresponding authors (Daniel Kubiak, Anna-Lisa Müller, Mert Pekşen) wurde mit dem Würfel ermittelt. Die anderen Autor*innen folgen alphabetisch gereiht.

[2] Projektlaufzeit: 1/2022–12/2024 Mittelgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Gesellschaft, in denen und durch die Konflikte konstruktiv wie destruktiv ausgehandelt werden und die Teil der Herstellung von „Räumen der Migrationsgesellschaft" sind.

In dieser Migrationsgesellschaft vor Ort lassen sich spezifische Praktiken identifizieren, mit denen an die rassistischen Anschläge erinnert wird. Um zu spezifizieren, was wir als rassistisch motivierte Anschläge bezeichnen, legen wir ein Verständnis von Rassismus zugrunde, das diesen als eine Reihe von Überzeugungen und Praktiken versteht, die Gruppen und Einzelpersonen in einer Gesellschaft bestimmte ethnische oder religiöse Merkmale und kulturelle Identitäten zuschreibt und sie aufgrund dieser Zuschreibungen diskriminiert. Rassistisch motivierte Anschläge sind dann Anschläge, die aufgrund dieser menschenfeindlichen und diskriminierenden Überzeugungen oder Vorurteile (Zick 2020) ausgeführt werden. Indem wir auf die räumlichen Kontexte dieser Anschläge schauen, adressieren wir neben den individuellen auch die sozialräumlichen Wirkungen derartiger Attacken (Pott 2016). Praxeologisch informiert verstehen wir „das Erinnern selbst als Praxisform [...], welche sich aus verschiedenen Praktiken zusammensetzt" (Sommer 2018, S. 27). Wird das Erinnern auf eine solche Weise handelnd vollzogen und dabei auf Orte bezogen, sprechen wir von Erinnerungsorten. Als solche verstehen wir eindeutig identifizierbare geographische Orte, auf die sich die Praktiken des Erinnerns beziehen und die in das Erinnern einbezogen werden. Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen die verschiedenen Akteur:innen der lokalen Stadtgesellschaften, die auf unterschiedliche Weise Teil des Erinnerns an rassistisch motivierte Anschläge vor Ort sind.

Die qualitativen Daten, die in diesem Artikel verwendet werden, wurden mit drei Methoden erhoben. Erstens wurden in beiden Städten rund fünfundzwanzig qualitative Interviews mit verschiedenen Akteur:innen geführt, darunter Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Migrantenselbstorganisationen (MSO). Zweitens besuchten die Forscher:innen den Solinger Gedenktag am 29. Mai 2022 und die Gedenkwoche vom 22. bis 27. August 2022 in Rostock und verschriftlichten die Beobachtungen an diesen beiden Orten. Drittens sammelte das Forschungsteam Daten durch Zeitungsrecherche und Besuche im Stadtarchiv in Solingen.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Das anschließende Kapitel 2 ordnet die Fälle in den breiteren historischen Kontext ein und gibt Hintergrundinformationen. Das Kapitel 3 vergleicht die Fälle, indem es sich auf drei Hauptthemen konzentriert: Erinnerungspraktiken, Erinnerungsorte und Institutionalisierung von Erinnerungsarbeit. Dabei wird jeweils analysiert, ob das Erinnern sich eher in einem *Top-Down-Prinzip* oder in einem *Bottom-Up-Prinzip* vollzieht. Das letzte Kapitel (Fazit) führt die vorgestellten Fallvergleiche zusammen und skizziert die Implikationen der bisherigen empirischen Forschung sowohl für die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Zusammenhang von Rassismus und Räumen als auch für weiterführende Fragen nach den Räumen der Migrationsgesellschaft.

2. Die Fallbeispiele Rostock und Solingen

Das rassistische und antiziganistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 und der Brandanschlag in Solingen 1993 sind prominente Beispiele der rassistischen und rechten Gewalt nach der deutschen Wiedervereinigung. Den gewalttätigen Ausschreitungen in Solingen und Rostock-Lichtenhagen gingen lange, hoch emotionalisierte und teilweise aggressive Diskussionen in Politik und Medien zu den Themen Migration, Flüchtlinge und Asylrecht voraus. In dem spezifischen politischen und sozialen Kontext nach der Wiedervereinigung gewannen nationalistische Stimmungen an Kraft, und strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft führten zu wachsender Unzufriedenheit (Çaylı 2021). In diesem Kontext wurden die Themen Migration und Asyl noch stärker politisiert, und die migrations-, flüchtlings- und ausländerfeindliche Stimmung hatte sich verstärkt. Auf ähnliche Weise wurden die bundesweiten

Asyldiskussionen geführt und mündeten im sogenannten Asylkompromiss im Jahr 1993, der die Möglichkeiten zur Berufung auf das Grundrecht auf Asyl einschränkte (vgl. Herbert 2014, S. 100; Prenzel 2012, S. 26; BpB 2013).

Auch wenn Rostock-Lichtenhagen und Solingen gemeinsam zu Synonymen für die rassistische Gewalt der 1990er Jahre in der Bundesrepublik geworden sind, sind sie keine Einzelereignisse. Die Taten selbst schreiben sich in ein Kontinuum ein und können als Ergebnis eines politischen und gesellschaftlichen Klimas betrachtet werden, in dem sich ähnliche Beispiele sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland fanden, z.B. – um nur einige Beispiele aus den frühen 1990er Jahren zu nennen – der Mord an Amadeu Antonio in Eberswalde (1990), die Anschläge auf Asylbewerber:innen und ehemalige Vertragsarbeiter:innen in Hoyerswerda und Hünxe (1991) und der Brandanschlag in Mölln (1992).

Obwohl die Anschläge in Rostock und Solingen in einem ähnlichen historischen Kontext stattfanden, gab es auch Unterschiede. Die Gewalt in Rostock, die keine Todesopfer forderte, fand in der Öffentlichkeit statt und wurde von mehreren hundert bis tausend Umstehenden bejubelt und unterstützt. Außerdem war eine Überforderung der staatlichen Stellen (in erster Linie der Polizei) zu beobachten. Die Tat in Solingen hingegen wurde von sehr viel weniger Tätern begangen, bei dem Anschlag kamen fünf Menschen ums Leben. Während die Morde in Solingen weniger als „Rassismus in Westdeutschland" gerahmt werden, wird die Tat von Rostock (ähnlich wie Hoyerswerda, Magdeburg, Dresden oder Chemnitz) in einen Diskurs über den „braunen Osten" eingeschrieben (Lessenich 2012; Heft 2018; Kubiak 2023). Erklärungen für Rostock werden beispielsweise auch in der Transformationsgesellschaft (Arbeitslosigkeit, kulturelle Uneindeutigkeit, Dysfunktionalität der staatlichen Stellen, geringe Demokratieerfahrung) der 1990er Jahre gesucht.

2.1 Rostock

Rostock ist mit etwa 208.000 Einwohner:innen[3] die größte Stadt Mecklenburg-Vorpommerns. Als Stadt in der ehemaligen DDR hat Zuwanderung quantitativ eine deutlich geringere Rolle gespielt als in westdeutschen Städten. In der DDR gab es internationale Migration maßgeblich aus zwei Gründen: Einerseits wurden Vertragsarbeiter:innen aus sozialistischen Staaten angeworben, andererseits wurden zu einem viel kleineren Anteil Menschen aus sozialistischen Staaten auch zum Studium in der DDR zugelassen. Insgesamt waren so nie mehr als 190.000 Ausländer:innen im Land (ca. 1 % der Bevölkerung), die zumeist stark segregiert und reglementiert lebten. Mittlerweile haben 7 % der Einwohner:innen Rostocks keine deutsche Staatsangehörigkeit.[4]

Im Dezember 1990 wurde die „Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber" (ZAst) des Landes Mecklenburg-Vorpommern im „Sonnenblumenhaus" in der Mecklenburger Allee 18 im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen eingerichtet. Lichtenhagen ist eine typische Rostocker Großwohnsiedlung am Stadtrand, die sich seit 1990 in einer radikalen Transformationsphase befand, welche vor allem mit Schrumpfungsprozessen und steigender Arbeitslosigkeit verbunden war. Sie ist gut vergleichbar mit Lütten Klein, welches von Steffen Mau (2019) treffend porträtiert wurde. Bereits ab Mitte 1991 war die ZAst überlastet, Asylsuchende (hauptsächlich Roma* aus Rumänien) waren gezwungen ohne sanitäre Anlagen vor dem Haus zu übernachten (vgl. Heinrich 2018, S. 294; Prenzel 2012, S. 16). Obwohl sowohl Stadt als auch das Land über die Zustände informiert waren, reagierten diese nicht (vgl. Heinrich 2018, S. 295). Nach einem Aufruf durch ein rechtes Flugblatt, welches in den lokalen Medien abgedruckt wurde (vgl. Prenzel 2012,

[3] https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/X%20Zahlen%20&%20Fakten%20kompakt/Bevoelkerung/X001%202021%2001.pdf (letzter Zugriff 31.01.2023).

[4] https://service.destatis.de/DE/karten/migration_integration_regionen.html (letzter Zugriff 31.01.2023).

S. 18f.), versammelten sich am 22.08.1992 schließlich mehrere tausend Menschen vor dem „Sonnenblumenhaus“. Die ZAst sowie das daran angrenzende Wohnheim für vietnamesische Vertragsarbeiter:innen in der Mecklenburger Allee 19 wurden von hunderten Menschen aus rassistischen Motiven gewaltvoll angegriffen – unterstützt und angefeuert von tausenden Anwohner:innen und Schaulustigen (vgl. Prenzel 2012, S. 20). In den nächsten Tagen setzten sich die Angriffe auf die ZAst und das Wohnheim fort, die Bewohner:innen der ZAst wurden am 24.08.1992 auf umliegende Unterkünfte im ländlichen Raum verteilt. Die rassistische Gewalt orientierte sich daraufhin auf die Bewohner:innen des Wohnheims,[5] welches schließlich in Brand gesetzt wurde. Die über 100 verbliebenen Bewohner:innen, einige linke Unterstützer:innen, der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock, Wachpersonal sowie ein Reporterteam des ZDF konnten sich nur durch Flucht über das Dach eigenständig in Sicherheit bringen (vgl. Heinrich 2018, S. 297; Prenzel 2012, S. 21). Nach dem Pogrom wurden nur wenige Täter:innen verurteilt und die Betroffenen erhielten keine staatlichen Wiedergutmachungsleistungen. Die asylsuchenden Roma* wurden später größtenteils abgeschoben (vgl. Eitel 2021, S. 192f.; Guski 2012, S. 35; Ha 2021, S. 151).

2.2 Solingen

Solingen ist eine westdeutsche Industriestadt in Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich zu Rostock ist die Stadt quantitativ stark von Migration geprägt, denn seit den 1960er Jahren hat die Stadt eine hohe Anzahl von Zuwander:innen aufgenommen. Die Einwohner:innenzahl der Stadt liegt heute bei etwa 160.000 und etwa ein Drittel der Bevölkerung hat entweder keine deutsche Staatsangehörigkeit oder besitzt die doppelte Staatsangehörigkeit. Migrant:innen aus der Türkei und ihre Nachkommen bilden die größte migrantische Community in Solingen.

Am 29. Mai 1993 wurde ein Brandanschlag von vier jungen Männern mit rechtsextremem Hintergrund auf die Familie Genç, die ursprünglich aus der Türkei stammt, in Solingen ausgeübt. Ihr Haus in der Unteren Wernerstraße 81 in Solingen-Mitte wurde in der Nacht mit Brandsätzen angegriffen. Während des Anschlags waren 19 Menschen im Haus und es starben fünf Menschen (Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç, Saime Genç) und den Familien Genç, Duran, İnci, Saygın und Öztürk wurde schweres Leid zugefügt. Vier Männer, die zum Zeitpunkt der Tat zwischen 16 und 23 Jahre alt waren, wurden zu Haftstrafen verurteilt, weil sie fünf Menschen ermordeten und versuchten, vierzehn weitere zu töten. Das abgebrannte Haus wurde kurz nach dem Anschlag abgerissen und seitdem existiert das Haus und damit öffentlich sichtbare Spuren des Brandanschlags nicht mehr. In Solingen hat der Anschlag nicht nur das Leben der überlebenden Familienmitglieder für immer verändert, die nach der Tat nicht nur mit körperlichen Einschränkungen zu leben hatten, sondern auch die seelischen Folgen noch heute spüren. Der Brandanschlag erschütterte insbesondere die türkische Gemeinschaft in Solingen.

3. Die Gleichzeitigkeit der Erinnerung

In Rostock und Solingen finden vielfältige Erinnerungs*praktiken* an verschiedenen Erinnerungs*orten* statt, die von diversen *Akteur:innen* und *Institutionen* geprägt sind. Auffällig dabei ist, dass die Erinnerung an die rassistischen Anschläge zwei verschiedenen Logiken folgt. Die eine und häufigste Logik ist die des Erinnerns aus der Zivilgesellschaft heraus. Vereine, Betroffene oder andere gesellschaftliche Akteur:innen gestalten die Erinnerung und weisen außerdem darauf hin, dass der Erinnerung an die Gewalttat

[5] https://www.it.nrw/sites/default/files/kommunalprofile/k05122.pdf (letzter Zugriff 31.01.2023).

auch immer strukturelle Veränderungen folgen müssen. Wir bezeichnen diese Form der Erinnerung als *Erinnern im Bottom-Up-Prinzip.* Demgegenüber tritt eine administrative und staatlich/städtisch organisierte Erinnerung mit offiziellen Gedenkfeiern und dem Einladen von Staatsgästen oder dem Wettbewerb für Denkmäler. Dies nennen wir *Erinnern im Top-Down-Prinzip*. Wir stellen fest, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Logiken des Erinnerns oft nicht gut funktioniert und von diversen Konflikten geprägt ist, konnten im empirischen Material aber auch Beispiele finden, wo es zu Symbiosen und Wechselwirkungen kommt. Wir stellen die verschiedenen Logiken im Folgenden anhand von Beispielen vor und zeigen am Ende die Wechselwirkungen der beiden Logiken auf.

3.1 Top-Down – Erinnerungsorte und Denkmäler

Während unserer Feldforschung haben wir beobachten können, dass insbesondere den Tatorten jeweils eine unterschiedliche räumliche Bedeutung zukommt. Dies hat auch etwas mit dem unterschiedlichen Grad der (Un-)Sichtbarkeit der Tatorte zu tun: In Rostock ist das „Sonnenblumenhaus“ im Stadtteil Lichtenhagen kaum zu übersehen, während es in Solingen schwer ist, die Spuren des Anschlags zu finden. In Rostock besteht eine wichtige Form der verräumlichten Erinnerung in der Existenz und Sichtbarkeit des Hauses selbst. Nach Anreise mit der S-Bahn ist die Fassade mit dem riesigen Sonnenblumenmosaik einer der ersten Eindrücke auf dem Weg in den Stadtteil, auch von der Schnellstraße zwischen Rostock und Warnemünde ist die Fassade unübersehbar (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Das "Sonnenblumenhaus" von der S-Bahnbrücke aus gesehen. Davor die Schnellstraße zwischen Innenstadt und Warnemünde. Foto: Mert Pekşen 2022

Die Bewohner:innen des Stadtteils sehen das „Sonnenblumenhaus“ demnach alltäglich als materielle Form des Erinnerns. 2022 hat die Stadt Rostock zudem beschlossen, die Fassade des Hauses zu einem offiziellen Denkmal zu erklären. Dies steht im extremen Gegensatz zu Solingen, wo das abgebrannte Mehrfamilienhaus als Symbol des rassistischen Anschlags nicht mehr existiert. Stattdessen stehen in der Unteren Wernerstraße 81 fünf gepflanzte Kastanienbäume und ein Gedenkstein, der sowohl auf Deutsch als auch auf Türkisch an die Opfer erinnert.

Für diese Form der Bestimmung von Erinnerungsorten waren die Stadtverwaltungen zuständig. In Solingen wurde lange über die Umbenennungen einer Straße oder eines Platzes zur Erinnerung an den Brandanschlag diskutiert, und lange wurde nichts umgesetzt. Auf einen Antrag des Zuwanderer- und Integrationsrates hin wurde 2012 schließlich ein Platz vor dem Mehrgenerationenhaus in der Nähe des Solinger Rathauses nach dem Geburtsort der Familie Genç in der Türkei – Mercimek – benannt. Doch als Teil der tatsächlichen Erinnerungspraktiken spielt dieser Platz in Solingen eine untergeordnete Rolle und wurde nur von wenigen unserer Interviewpartner:innen überhaupt als Erinnerungsort genannt. Dies mag auch daran liegen, dass der Platz nicht nach den Opfern selbst benannt wurde. Diese Praktiken des Top-Down-Erinnerns in Solingen zeigen, dass die Erinnerung lange Zeit keine politische Priorität darstellen und kaum öffentliche Aufmerksamkeit erreichen konnte.

Abbildung 2: Denkmal Untere Wernerstraße 81 in Solingen-Mitte. Foto: Kübra Gencal 2022

Auch in Rostock gibt es immer wieder Aushandlungen und lokale Spannungen um die angemessene Form und die richtigen Orte der Erinnerung an das Pogrom von 1992. Dazu gehört die Pflanzung einer „Friedenseiche" durch die Stadt am Tatort, die nur wenige Stunden später abgesägt wurde, weil eine (deutsche) Eiche von der „AG Antifaschistischer Fuchsschwanz" als unangemessenes Symbol wahrgenommen wurde. Auch das Anbringen einer Erinnerungstafel am Rostocker Rathaus in der Innenstadt, mehr als 10 km vom Tatort entfernt, wurde immer wieder neu diskutiert, und es wurde um den genauen Wortlaut gestritten. 2016 schrieb die Stadt Rostock einen Kunstwettbewerb für ein Denkmalkonzept aus. Die Gewinner:innen reichten ein dezentrales Kunstwerk mit fünf Stelen ein, die an unterschiedlichen Orten in Rostock aufgestellt wurden. Das somit dezentral gehaltene Hauptdenkmal ist ebenfalls umstritten und vor allem die Stele vor dem „Sonnenblumenhaus" wird als zu klein und unscheinbar angesehen. Sie steht zwischen dem Haus und zwei Einkaufsflachbauten. Grundsätzlich sind die Stelen im Stadtbild eher marginal. Sie stehen zwar an markanten Orten, sind dort jedoch so platziert, dass sie beim Vorbeigehen nicht ins Auge fallen. Zudem fehlen an den Stelen Informationen über ihre Bedeutung und ihren Kontext. Es sind Steinplatten in den Boden eingelassen, auf denen der Name der jeweiligen Stele und die entsprechende Homepage-Adresse für weiterführende Informationen abzulesen sind. Gleichzeitig wird die Dezentralität der Stelen als Erinnerungsorte aber von Interviewpartner:innen als positiv bewertet, da sie zeige, dass nicht nur an den Tatort erinnert, sondern auch auf die Rolle von Medien (Ostseezeitung), Polizei (Rostocker Polizeirevier) und Politik (Rostocker Rathaus) sowie auf den zivilen Widerstand (im JAZ) hingewiesen werden muss. So sei auch ein positiver Blick in die Zukunft einer Rostocker Gesellschaft gewährleistet, einer Gesellschaft, die von Zusammenhalt geprägt sei.

Auf mögliche Limitierungen eines solchen Top-Down-Prozesses verweist die Tatsache, dass in dem Siegerkonzept keine Stele geplant war, die an die Betroffenen des Pogroms erinnert. Erst durch eine zivilgesellschaftliche Initiative – dem Waldemar Hof – wurde 2018 eine sechste Stele mit dem Titel „Empathie" aufgestellt, um diese Lücke zu füllen. Innerhalb des Top-Down-Prinzips wurde somit ein Bottom-Up-Verfahren ergänzt, um der Kritik am Kunstwerk Rechnung zu tragen. Eine solche Nichtbeachtung

der Perspektive der Betroffenen bei der Top-Down-Erinnerung zieht sich, so zeigen unsere Ergebnisse, wie ein roter Faden durch die offizielle Erinnerung an das Pogrom in Lichtenhagen.

3.2 Top-Down – Erinnerungspraktiken von Politik und Verwaltung

Die offizielle und sichtbare Form der Erinnerung wird vor allem von Politik und Verwaltung organisiert. Es werden zu runden Jahrestagen Grußworte gehalten, Pressetermine organisiert, und Politiker:innen erscheinen vor Ort. In Solingen teilt sich am jährlich initiierten Tag des Gedenkens am 29. Mai die Erinnerung in mehrere Teile und findet an unterschiedlichen Orten statt. Am Tatort in der Unteren Wernerstraße finden zwei unterschiedliche Gedenkprogramme statt. Am Morgen wird eines vom Solinger Appell, dem Forum gegen Rassismus und Krieg, veranstaltet. Hieran nehmen linke und antifaschistische Gruppen teil. Am Nachmittag findet eine von der „Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. / Diyanet İşleri Türk İslam Birliği" (DITIB) organisierte Gedenkveranstaltung mit der Einbeziehung der Familie Genç statt. Hier erscheinen auch türkische Diplomat:innen, Vertreter:innen der Stadtverwaltung und Vertreter:innen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften. Außerdem findet eine offizielle, von der Stadt organisierte Gedenkveranstaltung am Solinger Mahnmal statt, an der u.a. die Familie Genç, Vertreter:innen der Stadt, türkische Diplomat:innen und religiöse Vertreter:innen teilnehmen. Jedes Jahr nehmen dieselben öffentlichen Vertreter:innen an der Veranstaltung teil, wobei die Perspektive der von Rassismus betroffenen Personen innerhalb der Gesellschaft größtenteils fehlt. Stattdessen seien diese Veranstaltungen „immer sehr weiß besetzt" (IV11_SOL)[6] und könnten auch weite Teile der Bevölkerung kaum erreichen.

Auch in Rostock sind politisch organisierte Erinnerungspraktiken zu beobachten, denn zu den Jahrestagen 2012, 2017 und auch 2022 sind jeweils hochrangige Politiker:innen in Lichtenhagen erschienen und haben an das Pogrom gedacht. So war am 25.08.2022 der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor Ort. Er informierte sich am Tatort, wurde in eine Diskussionsrunde mit Bürger:innen von Lichtenhagen eingeladen und nahm an einer Gedenkstunde im Rathaus teil. Seine Anwesenheit gab dem Gedenken in jeder Hinsicht eine bundesweite und internationale Relevanz und erhöhte die Berichterstattung über den 30. Jahrestag in Rostock. Gleichzeitig überstrahlte seine Präsenz die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und machte auch die Präsenz der Betroffenen kleiner, eine Kritik, die immer wieder an dieser Top-Down-Form des Erinnerns geäußert wird, z.B. von Imam-Jonas Dogesch, dem Sprecher des Bündnisses zum Gedenken an das Pogrom.[7]

3.3 Bottom-Up – Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen

In beiden Orten ist zu beobachten, dass das langfristige und nachhaltige Gedenken außerhalb der Gedenktage vorwiegend von der Zivilgesellschaft und hier vor allem durch aktivistische Arbeit und Ehrenamt getragen wird. In beiden Städten haben sich migrantische Organisationen engagiert, die einerseits das Gedenken (mit-)gestalten und andererseits Empowerment für die eigene Community organisieren. In beiden Städten haben außerdem Gruppen – in Solingen der *Solinger Appell gegen Rassismus* und in Rostock *SoBi e.V.* – eine große Bedeutung für die Gestaltung der Erinnerung, da sie sich für Betroffene rechter Gewalt engagieren und gegen Rassismus eintreten. Hier unterscheiden sich Rostock und Solingen bei der jeweiligen Vernetzung der Akteur:innen untereinander. In Rostock arbeiten die Migrant:innenselbstorganisationen und die linken Gruppen marginal zusammen, um gegenüber der Stadt eine bestimmte Form des Gedenkens einzufordern, was mittlerweile in einem breiten Bündnis mündete, während in Solingen für die linken Gruppen keine Zusammenarbeit mit der religiös-konservativen

[6] Die Namen der Interviewpartner:innen wurden für diesen Artikel anonymisiert und nummeriert.
[7] https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/erinnern-heisst-veraendern (letzter Zugriff am 31.01.2023).

Gruppe (*DITIB*) und der *Familie Genç* und vice versa möglich zu sein scheint. Ein weiterer Unterschied liegt darin, dass die Erinnerung in Solingen von Anfang an von der betroffenen Familie und der sie unterstützenden türkischen Community organisiert wurde, während der Verein *Diên Hông* sich in Rostock vor allem für die eigene Community gründete und erst später auch in die Erinnerungszusammenarbeit einstieg.

Die Entstehung des *Solinger Appells* verdeutlicht den starken gesellschaftlichen Zusammenhalt, welcher vor allem in den 1990er Jahren für die Solinger Zivilgesellschaft bezeichnend war. Das Netzwerk setzte sich aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammen, die sich durch den Brandanschlag zum Handeln aufgefordert sahen. Seitdem verbinden sie die Erinnerung an verschiedene rechte, rassistische und antisemitische Ereignisse aus Vergangenheit und Gegenwart in ihrer Arbeit, um auf Zusammenhänge hinzuweisen und die Notwendigkeit hervorzuheben, jegliche Diskriminierungsformen gleichermaßen zu bekämpfen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Solingen zeigt sich auch darin, dass im Jahr nach dem Brandanschlag das zivilgesellschaftlich initiierte „Solinger Mahnmal" gebaut wurde. Als lebendiges Mahnmal wird es auch heute noch erweitert und stellt einen wichtigen Teil der Erinnerungskultur in Solingen dar. In Solingen waren es also gerade die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die Bottom-Up-Erinnerungspraktiken realisiert haben.

In Rostock wird das Pogrom für viele bis heute aktive Akteur:innen als Gründungsmoment oder Impulsereignis verstanden, welches die Notwendigkeit präventiver und anti-rassistischer Maßnahmen ersichtlich machte. So auch der Verein *Diên Hông*, der sich zu einem bedeutenden Akteur in der sozialen und politischen Bildungsarbeit von Mecklenburg-Vorpommern entwickelt hat und der der Perspektive vietnamesischstämmiger Menschen zwar weiterhin eine besondere Bedeutung zuschreibt, sich mittlerweile aber darüber hinaus an alle in Rostock lebenden Menschen richtet. Die Arbeit von *Diên Hông* ist vor allem mit Bezug auf die oben angeführte Kritik der fehlenden Berücksichtigung migrantischer Perspektiven hervorzuheben.

Der wohl wesentlichste Unterschied zwischen den beiden Fallstädten ist die Beteiligung der betroffenen migrantischen Gruppen an erinnerungskulturellen Entscheidungen. In Solingen ist die religiöse Community, vor allem unter Wortführung der DITIB-Gemeinde seit den 1990er Jahren, eine wesentliche Akteurin in der Erinnerung an den Brandanschlag. Die starke Präsenz der betroffenen Community ist unter anderem auf die starke Präsenz der betroffenen Familie Genç selbst zurückzuführen. In den geführten Interviews wurde ersichtlich, dass sich der religiöse DITIB-Verein in der Verantwortung sieht, die Erinnerung an den Anschlag und an die Opfer selbst aufrecht zu halten.

3.4 Gemeinsames Erinnern – Versuche der Symbiose zwischen Top-Down- und Bottom-Up-Ansätzen

In Rostock gab es von zivilgesellschaftlicher Seite jahrelang Kritik an der offiziellen Form des Gedenkens, die sich vor allem in der zu geringen Einbindung der Betroffenen – von denen ein großer Teil nach 1992 abgeschoben wurde – und der geringen Bereitschaft, auch strukturelle Veränderungen für die Zukunft herbeizuführen, um rechte Gewalt zu verhindern, äußerte. Unter anderem deswegen ist das Archiv *Lichtenhagen im Gedächtnis* entstanden, welches durch den Verein *Soziale Bildung e.V. (SoBi)* verantwortet und durch städtische Förderung finanziert wird. Damit stellt das Archiv eine einzigartige Schnittstelle von stadtpolitischer und zivilgesellschaftlicher Erinnerungsarbeit dar. Hier finden also erste Symbiosen zwischen Top-Down- und Bottom-Up-Ansätzen statt. Diese Symbiose beruht allerdings auf einer 30-jährigen Geschichte der Arbeit der Akteur:innen, die darauf zielte, das Gedenken auch für die Stadtverwaltung relevant zu machen.

Anfang 2022 gründete sich in Rostock außerdem ein breites Bündnis *Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992* aus diversen zivilgesellschaftlichen und administrativen Akteur:innen, um die Gedenkwoche im August 2022 zum 30. Jahrestag gemeinsam zu organisieren. Die Gedenkwoche fand vom 22.08.2022 bis zum 27.08.2022 in Rostock statt. An 20 verschiedenen Orten in der Stadt, die durch digitale Angebote ergänzt wurden, konnten diverse Formen der Erinnerungspraktiken beobachtet werden. Veranstaltungen fanden an der Universität, im Rathaus, in einer Pagode, am Tatort, im Jugendzentrum JAZ, in dem Gewerkschaftshaus, dem Peter-Weiß-Haus und vielen weiteren Orten statt. Es wurde in der Lichtenhagener Gedenkwoche deutlich, dass sich Erinnerung in die gesellschaftlichen Felder von Politik, Wissenschaft, Jugendarbeit, politischer Bildung, Zivilgesellschaft und Schule eingeschrieben hat. Dies ist Ergebnis des oben beschriebenen jahrelangen Aushandlungsprozesses innerhalb der Stadt. Es wurde darauf geachtet, alle und vor allem die Perspektiven der Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen. So waren u.a. *Diên Hông* und der *Migrant:innenrat* ein wichtiger Teil des Bündnisses. Dazu gehörte es auch, die Situation der Roma*, die in der ZAst angegriffen wurden, vertiefter aufzuarbeiten. Damit wurde 2022 begonnen, indem unter anderem Videos mit Interviews auf einer Homepage veröffentlicht wurden.[8]

Diese Symbiose von Ansätzen, die nicht konfliktfrei war, zeigt den Prozess in Rostock und ist auch als Reaktion auf die sich verändernde Stadtgesellschaft zu verstehen. In Stadtteilen wie Lichtenhagen (11,5 %), Evershagen (16,5 %) und Toitenwinkel[9] (14,9 %) lebten 2019 eine zweistellige Prozentzahl an Personen mit Migrationserfahrung[10], die zumeist mit dem „Sommer der Migration" (Hess 2017) von 2015 verbunden ist. Eine Erinnerung, die Top-Down und Bottom-Up vereint, ist notwendig, um die Bedürfnisse dieser postmigrantischen Stadtgesellschaft wahrzunehmen. Es wird sich nun empirisch zeigen, wie nachhaltig diese Zusammenarbeit nach dem 30. Jahrestag ist.

Im Unterschied zu Rostock gibt es in Solingen keine zentralisierte Form der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und unterschiedlichen Bündnissen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Stattdessen arbeitet die Stadt mit einzelnen MSO, Vereinen oder Initiativen zusammen und finanziert konkrete Projekte. Die Stadt finanziert und organisiert z.B. das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage und hat dafür die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Antirassismusarbeit eingestellt. Obwohl es diese Art der Zusammenarbeit und des Engagements im zivilgesellschaftlichen Bereich gibt, liegt der Schwerpunkt und Großteil der städtischen Erinnerungspraktiken darauf, auf Diskriminierung und Rassismus im Allgemeinen aufmerksam zu machen und nicht nur den Opfern des Brandanschlags von 1993 zu gedenken. Allerdings gibt es konkurrierende Narrative und Erinnerungsweisen in Solingen: Die Erinnerung an den Brandanschlag ist stark verbunden mit der Familie Genç, ihrer Rolle und Zusammenarbeit mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur:innen. Wie bereits beschrieben, gibt es auch unterschiedliche Erinnerungspraktiken in Solingen, welche sich teilweise konflikthaft gegenüberstehen.

4. Fazit und Ausblick

Die Analyse der rassistisch motivierten Anschläge in Rostock-Lichtenhagen und Solingen zeigt, dass lokal spezifische Erinnerungspraktiken vorliegen, mit denen sowohl die Anschläge als konkrete Ereignisse als auch der Rassismus als gesellschaftliches Phänomen in den Städten verortet werden. Durch diese Erin-

[8] https://lichtenhagen-1992.de/interviews-mit-betroffenen-des-pogroms-in-lichtenhagen/ (letzter Zugriff 31.01.2023).

[9] In diesem Stadtteil wurde am 25.02.2004 Mehmet Turgut durch den NSU ermordet. Auch dort hat sich nach der Selbstenttarnung des NSU Bottom-Up ein Gedenken entwickelt, u.a. durch ein Mahnmal am Tatort.

[10] https://rathaus.rostock.de/media/rostock_01.a.4984.de/datei/Bev%C3%B6lkerung%20mit%20Migrationshintergrund%202019.pdf (letzter Zugriff 31.01.2023).

nerungsorte und -praktiken werden die Anschläge Teil des Stadtgefüges und damit sozialräumlich wirksam. Es zeigt sich dabei, dass die Erinnerungspraktiken an einen rassistischen Anschlag genauso vielfältig sind wie die Stadtgesellschaften und die städtischen Räume selbst. Durch die Verortung der Anschläge wird der ihnen zugrundeliegende Rassismus sicht- und wahrnehmbar und Teil des städtischen Raums. Indem unterschiedliche Akteur:innen an der Erinnerung an die Anschläge teilhaben, wird der derart verräumlichte Rassismus adressiert und bearbeitet. Dabei lassen sich Top-Down- und Bottom-Up-Ansätze unterscheiden, die auf je eigene Art und Weise das Erinnern in der Stadt prägen. In allen Fällen werden über Erinnerungspraktiken geographische Orte zu Erinnerungsorten transformiert, und beide zusammen tragen dazu bei, dass in beiden Städten spezifische Räume der Migrationsgesellschaft konstituiert werden.

Weiterführend erscheint es uns sinnvoll zu untersuchen, auf welche Weise die Bedürfnisse der jeweils Betroffenen sowohl in Bezug auf das Erinnern als auch – und das erscheint noch relevanter – in der Schaffung von sicheren Räumen in der Gegenwart und Zukunft berücksichtigt werden können. Wie können an städtischen Orten Räume konstituiert werden, die diese Orte resilient gegenüber Rassismus werden lassen? Hier könnte der Blick besonders auf das Zusammenwirken der verschiedenen Akteur:innen, die Teil der jeweiligen Stadtgesellschaften sind, und die Materialität der Stadt gerichtet werden, um den Räumen der Migrationsgesellschaft weiter auf die Spur kommen zu können.

Literatur

BpB – Bundeszentrale für politische Bildung. 2013. *Vor zwanzig Jahren: Einschränkung des Asylrechts 1993*. https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/160780/vor-zwanzig-jahren-einschraenkung-des-asylrechts-1993/ (Zugriff: 29.01.23).

Çaylı, Eray. 2021. The Aesthetics and Publics of Testimony: Participation and Agency in Architectural Memorializations of the 1993 Solingen Arson Attack. *The Cambridge Journal of Anthropology* 39:72–92.

Eitel, Hannah. 2021. Der Staat macht mit – Institutioneller Rassismus in der Polizei. In *Asiatische Deutsche Extended: Vietnamesische Diaspora and Beyond*, Hrsg. Kien Nghi Ha, 184–196. Hamburg: Assoziation A.

Foroutan, Naika. 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.

Glasze, Georg, und Andreas Pott. 2014. Räume der Migration und der Migrationsforschung. In *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, vol. 3, Forschungsberichte der ARL, Hrsg. Paul Gans, 47–62. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Guski, Roman. 2012. Nach Rostock-Lichtenhagen: Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens. In *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*, Hrsg. Thomas Prenzel, 31–52. Rostock: Univ. Rostock, Inst. für Politik- und Verwaltungswiss.

Ha, Kien Nghi. 2021. Rostock-Lichtenhagen – Die Rückkehr des Verdrängten. In *Asiatische Deutsche Extended. Vietnamesische Diaspora and Beyond*, Hrsg. Kien Nghi Ha, 150–172. Hamburg: Assoziation A.

Heft, Kathleen. 2018. Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. *Feministische Studien* https://doi.org/10.1515/fs-2018-0038

Heinrich, Gudrun. 2018. Rostock Lichtenhagen 1992–2017: Aufarbeitung und Erinnerung als Prozess der lokalen politischen Kultur – Ein Essay. In *Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur*, Hrsg. Heinrich Koschkar und Clara Ruvituso, 293–310. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Heinrich, Gudrun. 2020. Rostock Lichtenhagen 1992 – eine traumatisierte Stadtgesellschaft macht sich auf den Weg. Ein Projektbericht. In *Kultur der Anerkennung statt Menschenfeindlichkeit. Antworten für die pädagogische und politische Praxis*, Hrsg. Kemal Bozay und Dierk Borstel, 144–156. Weinheim: Beltz Juventa.

Herbert, Ulrich. 2014. »Asylpolitik im Rauch der Brandsätze« — der zeitgeschichtliche Kontext. In *10 Jahre Asylkompromiss*, Hrsg. Stefan Luft und Peter Schimany, 87–104. Bielefeld: transcript.

Hess, Sabine, Bernd Kasparek, Stefanie Kron, Matthias Rodatz, Maria Schwertl und Simon Sontowski (Hrsg.). 2017. *Der lange Sommer der Migration*. Assoziation A e.V. 2. korrigierte Auflage. Berlin, Hamburg: Assoziation A (Grenzregime, 3).

Kubiak, Daniel. 2022. Rechts sind die anderen - Diskursives Verdrängen von rechtsextremer Vergangenheit und Gegenwart in einer ostdeutschen Großstadt. *Berichte. Geographie und Landeskunde*. Band 96, Mai 2023, Heft 2, 112-131.

Lessenich, Stephan. 2012. Brauner Osten? Wie neulich mal wieder die DDR besiegt wurde. *ProKla* 166 https://doi.org/10.32387/prokla.v42i166.20

Mau, Steffen. 2019. *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Löw, Martina. 2001. *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mecheril, Paul. 2012. Migrationsgesellschaft. In *Medien und Minderheiten*, Hrsg. Andreas Kriwak und Günther Pallaver, 15–35. Innsbruck: Innsbruck University Press 2012 (Medien – Wissen – Bildung). https://doi.org/10.25969/mediarep/861

Pott, Andreas. 2016. Geographien des Rassismus. In *Die Dämonisierung der Anderen*, Hrsg. María do Mar Castro Varela und Paul Mecheril, 185–192. Bielefeld: transcript.

Prenzel, Thomas. 2012. Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. In *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen: Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, 9–29. Rostock: Univ. Rostock, Inst. für Politik- und Verwaltungswiss.

Sommer, Vivien. 2018. *Erinnern im Internet: der Online-Diskurs um John Demjanjuk*. Wiesbaden: Springer VS.

Zick, Andreas. 2020. Rassismus. In *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung: Theorien, Befunde und Interventionen.* 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Hrsg. Lars-Eric Petersen und Bernd Six, 125–135. Weinheim, Basel: Beltz.